

Antrag

19.10. 2007

Erika Braungardt-
Friedrichs
Roland Glaser
Andrea Le Lan
Gertrud Miller-Poth
Irmgard Rittberger-
Rückert
Dr. Martin Rosemann
Hans Schreiber
Hannah Tiesler
Klaus te Wildt

Antrag der SPD-Fraktion

Vorlage 378/2007 / Essensversorgung an Tübinger Schulen

Beschlussantrag:

1. Der Anteil der Eltern am Schulmittagsessen an Tübinger Ganztagschulen wird auf maximal 3,00 € begrenzt.
2. Kinder aus Familien, die im Besitz einer Bonus-Card sind, zahlen für ein komplettes Mittagessen 1,00 € .
3. Die Mehrkosten werden entsprechend im Haushalt eingestellt.
4. Die Verwaltung überprüft, wie möglichst an allen Ganztagschulen mindestens ein kleineres Gericht für 1,00 € anzubieten ist.
5. Die Verwaltung wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass im Landkreis eine Familienkarte gemäß dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion eingeführt wird. Hilfsweise wirbt die Stadt bei den Umlandsgemeinden dafür, eine der Tübinger Bonus-Card vergleichbare Bezuschussung einzuführen.

Begründung:

Die Nutzung der Essensangebote sollte im Rahmen der Ganztageschule alltäglich werden und für alle Schülerinnen und Schüler, bzw. ihre Familien erschwinglich sein. Deshalb ist eine sozialverträglichere Ausgestaltung der Essenspreise als sie von der Verwaltung in Vorlage 378/2007 beantragt notwendig.

Zu 1.

Wir wollen Tübinger Schüler/innen ein Schulmittagessen zu einem sozialverträglichen Preis anbieten. Der Preis sollte zudem einen Anreiz setzen, das Essensangebot der Schule auch zu nutzen. Ein Essenspreis von 3,50 überschreitet hier die kritische Schwelle. Der Betrag von 3,00 € ist ein, der Haushaltslage geschuldeter, Kompromiss. Wünschenswert wäre eine weitergehende Subventionierung. Da die Zahl der Mittagessen in Zukunft weiter steigen wird und steigen soll, ergäbe sich hier aber ein nicht mehr zu deckender Finanzierungsbedarf.

Zu 2.

Im Regelsatz für Kinder sind täglich 2,28 € für Ernährung vorgesehen. Deshalb ist für bedürftige Familien ein Essenspreis von 2 € unzumutbar. Zwar wäre für Kinder aus bedürftigen Haushalten auch eine Abgabe des Essens zum Nulltarif finanzierbar, zu einem wäre dies jedoch gegenüber Familien, deren Einkommen die Bedürftigkeitsgrenze nur geringfügig übersteigt ungerecht. (Eine weitere Abstufung der Essenstarife würde einen zu großen bürokratischen Aufwand bedeuten.) Zum anderen soll allen Schülerinnen und Schülern die Wertigkeit eines Essens bewusst sein. Wird das Angebot der Schulmensa nicht genutzt, müssten die Familien die Kosten für das Essen selbst aufbringen.

Unter Abwägung aller Argumente hält die SPD-Fraktion daher für SchülerInnen aus Familien mit Bonus-Card einen Essenspreis von 1,00 € für angebracht.

Zu 4.

Die Erfahrung an vielen Schulen zeigt, dass Kinder und Jugendliche mittags oft kein komplettes Mittagessen wünschen. Hier wäre ein Angebot an Salaten oder anderen kostengünstigen und dennoch gesunden kleineren Gerichten sinnvoll. Dies entlastet zudem die Familienbudgets.

Zu 5.

Manche der SchülerInnen aus Familien mit geringem Einkommen, die weiterführenden Schulen in Tübingen besuchen, wohnen in umliegenden Gemeinden. Diese Kinder müssen den nicht subventionierten Preis für ein Schulmittagessen zahlen. Sie sind zudem noch mehr als Tübinger Kinder auf die Schulverpflegung angewiesen. Hier liegt eine Ungerechtigkeit vor. Die Stadt Tübingen kann aber nicht die Kosten für die Schulverpflegung von Kindern aus anderen Gemeinden übernehmen. Deshalb ist die landkreisweite Einführung einer Familienkarte sinnvoll, die sich an dem Modell der Tübinger Bonus-Card orientiert. Ersatzweise müssen die Wohnortgemeinden die entsprechende finanzielle Unterstützung leisten.



Dr. Martin Rosemann



Andrea Le Lan und Fraktion